Antragsteller:
Landesvorstand

Zusammenhalt. Zuversicht.Zukunft.
Gemeinsam für ganz Mecklenburg-Vorpommern!

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Linke tritt in die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern ein. Sie beauftragt den Landesvorstand und die Landtagsfraktion den vorliegenden Koalitionsvertrag zwischen SPD, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen zur Bildung einer gemeinsamen Regierung für die Wahlperiode 2026-2031 zu unterzeichnen.

Begründung:

Die Landtagswahl 2026 stellt Mecklenburg-Vorpommern vor große Herausforderungen. Soziale Unsicherheit, steigende Lebenshaltungskosten, die angespannte finanzielle Lage des Landes und das Erstarken der AfD verlangen nach einer Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und konkrete Verbesserungen im Leben der Menschen erreicht.

Die Linke hat in den Koalitionsverhandlungen dafür gekämpft, dass soziale Gerechtigkeit zum Maßstab der kommenden Regierungsarbeit wird. Unsere Handschrift zeigt sich in wichtigen Vereinbarungen: dem Erhalt aller Krankenhausstandorte, besserer Bezahlung der Medizinerinnen und Mediziner im Praktischen Jahr, die Einführung eines Jugendtickets analog zum Senior:innenticket, einem Azubi-Startbonus, 1000 neuen und sanierten Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende sowie einer Stärkung von Bildung und öffentlicher Daseinsvorsorge und vielem mehr.
Wir wollen, dass ein gutes Leben bezahlbar bleibt und niemand aufgrund seines Einkommens von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wird.

Uns ist bewusst, dass die finanziellen Spielräume des Landes eng sind und die kommenden Jahre schwierige Entscheidungen mit sich bringen werden. Gerade deshalb braucht es eine starke linke Stimme in der Landesregierung, die darauf achtet, dass soziale Fragen nicht hinter Haushaltszahlen zurückstehen oder auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden.

Mit dem Koalitionsvertrag haben wir eine Grundlage geschaffen, um linke Politik in den kommenden fünf Jahren konkret umzusetzen. Wir übernehmen Verantwortung, weil wir gestalten wollen: für mehr soziale Gerechtigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse und ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle Menschen gute Zukunftsperspektiven haben.

Dabei bleiben wir eine eigenständige Partei, die ihre Überzeugungen vertritt und für weitere Verbesserungen kämpft. Der Eintritt in die Landesregierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern die Möglichkeit, unsere politischen Ziele in konkrete Veränderungen zu übersetzen.

Zusammenhalt. Zuversicht. Zukunft. Gemeinsam für ganz Mecklenburg-Vorpommern!